



Wartburg-Kurier

20. September 2009



1. Mitteldeutscher Kirchentag: Der EAK ist mit dabei.

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen präsentiert sich auf dem Markt der Möglichkeiten im Rahmen des 1. Mitteldeutschen Kirchentags. Der Beitrag des EAK steht unter dem Titel „Anpassung - Selbstbehauptung - Aufbruch. Die Blockpartei CDU in den letzten Jahren der DDR und in der friedlichen Revolution 1989/90“. Wie der Landesvorsitzende des EAK Thüringen, Prof. Dr. Jens Goebel, im Vorfeld der Veranstaltung sagte, „will sich der EAK offensiv mit der Ge-

schichte der CDU in Thüringen auseinandersetzen“.

Aus diesem Anlass haben wir Politiker der Union gefragt, wie sie ein Engagement in der Ost-CDU heute beurteilen, welche Mitverantwortung die Ost-CDU am SED-Regime hatte und wie damit umzugehen sei. Die Antworten werden in dieser Ausgabe veröffentlicht.

In einer kleinen Ausstellung auf dem Markt der Möglichkeiten werden Gesichtspunkte der Geschichte der CDU in der SBZ/DDR aufgegrif-

fen. Im Mittelpunkt der Präsentation stehen vier halbstündige Diskussionen mit Politikerinnen und Politikern, die der CDU teilweise bereits vor 1989, zum Teil aber auch erst später beigetreten sind. „Es geht uns darum, die unterschiedlichen Motivlagen herauszuarbeiten und zur Debatte zu stellen“, erklärte dazu Goebel.

Themen der Ausgabe:

- 1. Mitteldeutscher Kirchentag in Weimar
- Die CDU in der DDR: Anpassung - Selbstbehauptung - Aufbruch.



Prof. Dr. Jens Goebel ist Landesvorsitzender des EAK Thüringen. Seine politische Karriere begann er 1990 in der Deutschen Sozialen Union, 1998 trat er der CDU bei. Von 2004 bis 2008 war er Kultusminister.

Wartburg-Kurier im Gespräch: Prof. Dr. Jens Goebel

Warum waren Sie vor der friedlichen Revolution nicht Mitglieder der CDU?

Vielleicht ist es das Ergebnis einer christlichen Erziehung, vielleicht das des Heranwachsens in größeren, gefestigten Familienstrukturen, vielleicht auch die frühe Entwicklung einer eigenen kulturellen Identität: seit

ich denken kann, wollte ich Verantwortung für mich und meine Mitmenschen wahrnehmen. Im Alltag der DDR hat dies immer wieder zu Konflikten geführt, aus denen eine bewusste Distanz zum politischen System erwuchs. Eine Mitgliedschaft in der SED, gegen die ich mich mehrmals wehren musste, war mir schon

früh unvorstellbar. Die von manchen vollzogene Flucht in eine der Blockparteien, konnte ich aus den gleichen Gründen nicht nachvollziehen. Für ein erkennbares Engagement in kirchlichen Gruppen fehlte mir der Mut. Nicht nur zur Absicherung eines vergleichsweise komfortablen Nischendaseins im Wis-

senschaftsbetrieb der DDR, sondern mit einiger innerer Überzeugung übernahm ich ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionen in meiner Hochschule. Hier ging es um kollegiales Miteinander, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Leistungsgerechtigkeit und soziale Fragen. Das lag mir nahe. Die allgegen-

...Fortsetzung von Seite 1

wärtige politische Indoktrination und Bevormundung, das ideologische Geschwafel nahm ich als notwendiges Übel in Kauf.

Wie beurteilen Sie das Engagement in der Ost-CDU heute?

Das politische Wirken der CDU und der andern Blockparteien war im Alltag der DDR wenig sichtbar. Die führende Rolle der SED hatte Verfassungsrang. In einem Akt devoter Anerkennung wurde er auch in den Satzungen dieser Parteien bestätigt. Natürlich kannte ich die Parteiengeschichte der Nachkriegsjahre. Der Versuch eine eigenständige, an christlichen Werten orientierte Politik zu gestalten, wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht rigoros unterbunden. Führende Köpfe wie Jakob Kaiser und Ernst Lemmer gingen in den Westen. Übrig blieb aus meiner Sicht eine Partei, die von der SED konsequent als Teil ihres Propagandaapparats genutzt wurde. Dabei vereinte sie in ihrer Mitgliedschaft Menschen, die wie ich unter den für sie unveränderbaren Bedingungen der SED-Diktatur am politischen und gesellschaftlichen Leben mitwirken wollten. Die Gründe für eine Mitgliedschaft waren unterschiedlich, alle nutzten aber wohl die Schutzfunktion, die die Zugehörigkeit zu einer Blockpartei hatte. Die Führung der Partei war korrupt und vollständig in den

Machtapparat der DDR integriert. Umso erstaunlicher war es, dass aus den Reihen der Mitglieder der CDU in den revolutionären Monaten des Herbstes 1989 deutliche Signale für einen demokratischen Wandel kamen. Sichtbarstes Zeichen war der im September des Revolutionsjahres verfasste „Brief aus Weimar“. Er erwies sich als ein erster Stein, der aus dem Fundament des alten Regimes herausgebrochen wurde.

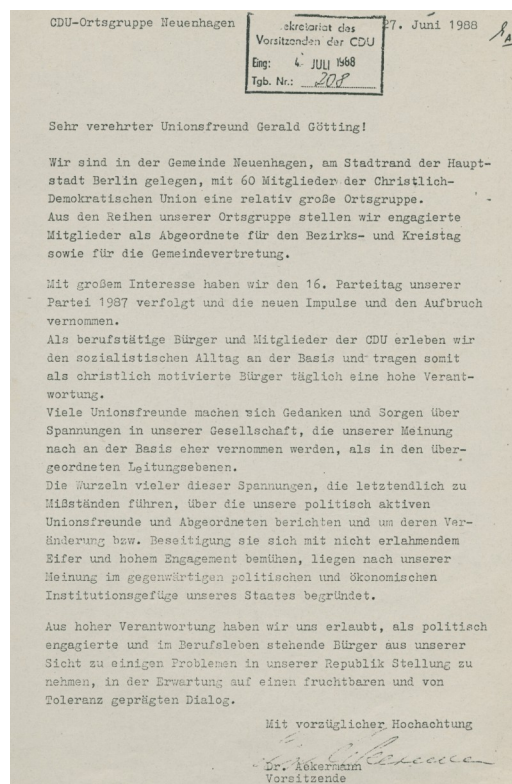
Welche Mitverantwortung hatte die Ost-CDU am SED-Regime? Wie soll heute damit umgegangen werden?

Die CDU war als Blockpartei zweifellos Teil der von der SED angeführten und gelenkten Herrschaftsstrukturen in der DDR. Ihre politische Führung hielt bis zum Schluss in Treue fest zur SED. Es bestand auch keine wirkliche Nähe zu den christlichen Kirchen in der DDR. Nur ein verschwindender Bruchteil der Pfarrerschaft gehörte der CDU an. Die Parteibasis sorgte im Prozess der Demokratisierung ab Oktober 1989 für eine Erneuerung der inneren Strukturen, die auch weitgehend mit neuen Personen besetzt wurden - freilich in der Regel mit solchen, die bereits eine Vergangenheit als CDU-Mitglieder hatten. Die Ost-CDU gliederte sich als erste der vormaligen Blockparteien in Landesverbände, die nun weitgehend ihre politi-

sche Ausrichtung bestimmten. Die CDU Deutschland und Bundeskanzler Helmut Kohl fanden in der so umgestalteten Ost-CDU willkommene Partner. Trotzdem war es für mich und viele gleichgesinnte christlich orientierte Mitbürger, die im Spätherbst des Revolutionsjahres 89 nach Möglichkeiten suchten, beim Umbau der Gesellschaft aktiv mitzuwirken, kein ernsthafter Gedanke, Mitglied der CDU zu werden. Ich wurde Mitglied der DSU. Das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 war für mich von Beginn an ein eher ungeliebtes Zweckbündnis. Beim Volkskammerbeschluss zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 23. August 1990 erlebte ich, wie die CDU zum Jagen ge-

tragen werden musste.

Nach den ersten Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 waren die ostdeutschen CDU-Landesverbände politisch und weitgehend auch personell als Teile des demokratischen Parteienspektrums in der gemeinsamen Bundesrepublik angekommen. Mit dem Verzicht auf das in den Jahren der DDR nicht rechtmäßig erworbene Parteienvermögen wurde ein richtiger Schritt vollzogen. Dies ist ein guter Ankerpunkt für eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte: eine Aufgabe, die nicht abgeschlossen ist. Zwischen Politik und Geschichte bestehen nicht nur in diesem Falle gelegentlich Berührungspunkte.



„Brief aus Neuenhagen“ vom Juni 1988
Der Brief der Ortsgruppe gilt als Vorläufer des Briefes aus Weimar.

Brief aus Weimar

an die Mitglieder und Vorstände
der Christlich-Demokratischen Union

- 1 Als haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiter der Kirche, die der CDU angehören, wenden wir uns an die Mitglieder und Vorstände der Partei. Wir bitten sie, mit uns zusammen darüber nachzudenken, welchen Beitrag die CDU für die Lösung der akuten gesellschaftlichen und politischen Probleme leisten kann. Wir sind davon überzeugt, daß die Partei mehr vermag, als sie sich selbst bis jetzt zutraut.
- 2 Vor allem beunruhigt uns, daß das Problem der legalen und illegalen ständigen Ausreise aus der DDR sich in diesem Jahr weiter verschärft hat, anstatt allmählich an Bedeutung zu verlieren. Betrachtet man die Ausreisewilligen nach Alter, Bildungsvoraussetzungen und Beruf, dann zeigt sich, daß nicht der Rand, sondern der Kern unserer Gesellschaft betroffen ist. Unser Land leidet Schaden - je länger, je mehr.
- 3 Auch unsere Kirchen leiden unter der Ausreisewelle. Ihre Appelle, im Lande zu bleiben und Geduld zu zeigen, will niemand mehr hören. Die Abwehrkräfte gegen die Verlockung zur Ausreise erlahmen bei Gemeindegliedern, aber auch bei den Mitarbeitern in Diakonie und Verkündigungsdienst immer mehr. Nicht selten versuchen Ausreisewillige, die Kirchen zur Durchsetzung ihres Wunsches zu instrumentalisieren.

**„Brief aus Weimar“ vom
10. September 1989**

Vier Mitglieder der Ost-CDU, unter ihnen Pfarrerin Christine Lieberknecht - heute stellvertretende Bundesvorsitzende des EAK und amtierende Sozialministerin - und Pfarrer Gottfried Müller - später Medienminister und Landtagspräsident in Thüringen, schickten den „Brief aus Weimar“ an ihre Parteileitung. Darin wird die Anpassung der Parteispitze an die SED beklagt und die Einlösung grundlegender Freiheitsrechte in der DDR gefordert.

Impressum

Evangelischer Arbeitskreis
der CDU Thüringen
Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

Verantwortliche dieser Ausgabe

Prof. Dr. Jens Goebel Mdl,
Landesvorsitzender des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU Thüringen

Dr. Karl-Eckhard Hahn,
Mitglied im Landesvorstand des
Evangelischen Arbeitskreises der CDU
Thüringen (Interviews)

Dorlies Zielsdorf,
Mitglied im Bundesvorstand des
Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
(Satz + Layout)

Die Quellentexte auf den Seiten 2, 3 und 5
sowie die Quellen- und Bildmaterialien
wurden bereitgestellt vom Archiv für
Christlich-Demokratische Politik (ACDP). Wir
danken allen Interviewpartnern und dem
ACDP für die freundliche Unterstützung.

Wartburg-Kurier im Gespräch: Michael Meinung

*Warum waren Sie Mitglied in
der Ost-CDU?*

- weil ich ab 1967 in deren Zeitung „Thüringer Tageblatt“ (bis 1990) tätig war und mir nur als Parteimitglied vom Chefredakteur des Blattes eine Zeitungs-Zukunft zugesichert worden war,
- weil ich aus einer engagierten katholischen Familie stamme und mein Vater 1945 die Erfurter CDU mit gegründet hatte,
- weil mir das „C“ im Parteinamen sehr viel bedeutet und ich mich sehr bewusst von anderen Parteiströmungen jener Zeit absetzen wollte,
- weil ich als aktives Mitglied der Erfurter Kollpingsfamilie (mit 18 Jahren bereits Jugend-

Vorsitzender) gesellschaftliches Engagement (auch Auftrag unseres Verbandsgründers) als wichtig erachtete und mir dies damals wirksam nur in/mit der CDU umsetzbar schien.

Wie beurteilen Sie das Engagement in der Ost-CDU heute?

Es war dennoch gut, dass es die Ost-CDU gab (Menschen bekannten sich dadurch öffentlich in einer penetrant atheistischen Umwelt zu Gott!) - auch wenn sehr oft hauptamtliche CDU-Funktionäre eng mit dem SED-System verbunden waren.

Als Zeitung der Ost-CDU konnte das „Thüringer Tageblatt“ z.B. Themen aufgreifen, die normalerweise unter den SED-Presse-Tisch fielen (Kirchentage, Syno-

den, Wallfahrten, Kirchenjubiläen, Hirtenbriefe der Bischöfe, Kirchensanierungen, kirchliche Kindergärten, Kirchenmusiken, kirchliche Feiertage etc.) - was ich reichlich nutzte und was viele Christenmenschen letztlich in ihrem Dasein bestärkte

PS: Die wenigen und kleinen Kirchenzeitungen konnten diesen Part nicht abdecken....

Aber: die CDU-Verantwortlichen hätten m.E. manche diktatorische SED-Vorgabe - z.B. in Sachen zu behandelnder Zeitungs-Themen (es gab u.a. aktuelle „Tabu-Listen“ des ZK der SED für alle DDR-Zeitungen!), der eingeschränkten Freigabe von Druckpapier oder hinsichtlich Festlegung von Vertriebszahlen - mutiger ab-

lehnen können und müssen...

Diesen „großen Mut“ bewiesen wir CDU-Redakteure leider erst ab Herbst 1989; so stand der erste Beitrag über eine Erfurter Donnerstags-Demo im „Tageblatt“ (als dessen verantwortlicher Redakteur ich dafür noch in der Nacht vom Chefredakteur gefeuert werden sollte...).

Welche Mitverantwortung hatte die Ost-CDU am SED-Regime? Wie soll heute damit umgegangen werden?

Hier ist unbedingt zwischen dem ehrenamtlichen „Normalmitglied“ und dem hauptamtlichen Funktionär (schon auf Stadtebene) zu unterscheiden. Die allermeisten einfachen Mitglieder hatten von ihrer CDU-Mitgliedschaft keinerlei

...Fortsetzung von Seite 3

Vorteile, mussten vielmehr Spott oder auch Anfeindungen ertragen. Die „CDU“ wurde von maßgeblichen DDR-Leuten (in Schule, Studium oder Betrieb) vielfach gleich „kirchlich“ gesetzt und damit als rückständig und fortschrittsfeindlich abgestempelt, was oft Karriereleitern von CDU-Leuten knickte.

Dennoch: Die offizielle Ost-CDU ließ sich als Feigenblatt der SED-Machthaber benutzen, wodurch einige

ihrer Funktionäre auch persönliche Vorteile (Häuser, Posten, Reisen...) hatten. Fazit: Wer in der Ost-CDU Schuld auf sich geladen hat (z.B. als Stasi-Zuträger Menschen schadete, als Lehrer die Laufbahn von christlichen Kindern beendete oder als Richter wesentlich DDR-Unrecht sprach), der ist m.E. mit schuldig am Unrechtssystem der DDR und hat in der heutigen CDU keinen Platz. Wobei für mich Schuld nie eine kollektive, sondern

immer persönliche Schuld bleibt.

Weil die Ost-CDU beispielsweise kritiklos humanistische und christliche Positionen aufgab (Jugendweihe, Wehrkundeunterricht), ist dies noch nachträglich zu verurteilen. Es gab allerdings auch „Ost-CDU-Widerstand“ (Abtreibungsdiskussion in der Volkskammer).

Beim Umgang mit der Ost-CDU sollte man sich also generell an die Fakten hal-

ten, nichts beschönigen, aber auch nichts weglassen. Ihre meisten Mitglieder wollten Christen sein und bleiben – und das sollte vor allem zählen!

Michael Meinung trat 1968 in die CDU ein. Nach 1990 war er Regierungssprecher. Viele Jahre zeichnete er verantwortlich für die Organisation des Thüringentages.

Die CDU Thüringen und ihre Vergangenheit

Auszüge aus dem Grundsatzprogramm „Was uns verbindet.“

- [...] 3. Bereits kurz nach ihrer Gründung war die CDU in Thüringen schweren Repressalien ausgesetzt. Etliche Mitglieder mussten ihr Bekenntnis zu unserer Partei sogar mit dem Leben bezahlen. Wie in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone, aus der dann die DDR entstand, wurde die CDU von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) als führender Partei zwangsweise gleichgeschaltet. Viele aufrechte Freunde hielten die Idee der christlichen Demokratie auch in den Zeiten der Diktatur wach. Sie versuchten, in Nischen zu wirken und konnten so einen Beitrag zur friedlichen Revolution leisten. Gleichwohl hat die CDU in den drei Bezirken, in die Thüringen in der Zeit der SED-Diktatur aufgeteilt war, in diesem totalitären System mitgewirkt.
4. Gerade deshalb stellt sich die CDU der besonderen Verantwortung, nie wieder zuzulassen, dass extremistisches Denken und totalitäre Strukturen die Menschen manipulieren und ihrer Freiheit berauben. Sie vereint unterschiedliche Traditionsstränge, die trotz verschiedener Schwerpunkte aus den Erfahrungen der Diktaturen des Nationalsozialismus und des marxistisch-leninistischen Sozialismus die Lehre gezogen haben, das Verbindende stärker herauszustellen. Mit der friedlichen Revolution im Herbst 1989 hat auch für die CDU in Thüringen eine neue Zeit des politischen Mitgestaltens begonnen. Im Laufe der Jahre fanden viele Mitglieder der Bürgerbewegung den Weg in die CDU. Die Erfahrungen mit beiden totalitären Systemen des vergangenen Jahrhunderts in Thüringen, die Ideale der Gründergeneration – nach der 12-jährigen Diktatur des Nationalsozialismus – und der friedlichen Revolution – nach 40 Jahren realsozialistischer DDR – prägen die Thüringer CDU
- [...] 36. Das demokratisch verfasste Thüringen ist Ergebnis einer langen und wechselvollen Geschichte. Im 19. Jahrhundert galten einige der Thüringer Staaten als Heimstätten der Freiheit und des Fortschritts, der Kultur und des Geistes. Die mit der ersten demokratischen Verfassung 1921 für ein vereintes Thüringen verknüpften Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Früh fasste der Nationalsozialismus Fuß in Thüringen. Der Weg in den Abgrund war beschritten. Der demokratische Aufbruch nach dem Zweiten Weltkrieg mündete in das SED-Regime, noch bevor er richtig begonnen hatte. Es folgten Jahrzehnte der Unfreiheit und ideologischen Bevormundung. Thüringen wurde 1952 aufgelöst. Die 1945 gegründete CDU versuchte sich gegen diese Entwicklung zu stemmen, konnte sich der Gleichschaltung jedoch nicht entziehen und war als Blockpartei in die Politik der SED eingebunden. Dies gehört genauso zum ambivalenten Erbe unserer Partei wie die Tatsache, dass die friedliche Revolution im Herbst 1989 auch von Mitgliedern der CDU getragen wurde. Der „Brief aus Weimar“ ist dafür ein herausragendes Beispiel. Immer hat es Bürger gegeben, die den Traum eines demokratischen Thüringens in einem vereinten Deutschland nicht aufgegeben hatten. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands und der Gründung des Freistaates am 3. Oktober 1990 und der am 16. Oktober 1994 in einer Volksabstimmung angenommenen Landesverfassung war dieser Weg abgeschlossen.

Wartburg-Kurier im Gespräch: Christian Tschesch

Seit dem 01. Juni 1996 bin ich, Christian Tschesch, Mitglied in der Christlich-Demokratischen-Union.

Dieser Eintritt in eine Partei (zunächst egal, welche) ist mir als Pfarrer aus verschiedenen Gründen nicht leicht gefallen. Mir war klar, dass es dadurch im zwischenmenschlichen Bereich eine Polarisierung geben könnte, die dem Beruf vielleicht abträglich wäre. Andererseits fand ich es aber - wohl wissend, dass Politik auch immer Kompromiss und so manches Mal innere Verbiegung bedeuten kann - unredlich, unsere Menschen zur notwendigen Einmischung in die Politik aufzufordern und dann als Priester sauber daneben zu stehen und mit erhobenen Zeigefinger von außen die Moralkeule schwingend alles besser zu wissen. Nachdem ich 1995 eine übergemeindliche Pfarrstelle erhielt und zunächst als Parteilooser auf CDU-Mandat kommunalpolitisch (Kreistag) tätig wurde, reifte 1996 infolge öffentlicher Hetzkampagnen gegen den CDU-Landrat mein Entschluss, Flagge zu zeigen, also in die CDU einzutreten.

Warum waren Sie kein Mitglied in der Ost-CDU?

Für mich hatte die Ost-CDU nur eine positive Funktion: Sie war für Menschen, die sich nicht mit Haut und Haar der SED übereignen wollten, ein Rückzugsort. Man hatte seine Ruhe, konnte zwar nicht mehr

Generaldirektor werden, genügte aber den politischen Anforderungen der mittleren Ebene. Dies sagte ich vielen Menschen - Christen, die sich wegen des Drucks zum SED-Eintritt seelsorgerisch an mich wandten. Ansonsten war bekannt, dass die CDU durch die SED unter Einsatz von Mord und Totschlag zwangsweise gleichgeschaltet worden war. Sie hatte der SED zu gehorchen und sollte als trojanisches Pferd die Kirchen von innen reif für den Sozialismus machen. Wer es sich leisten konnte, trat in diese Partei, wie auch in die anderen Blockparteien, zur DDR-Zeit nicht ein.

Wie beurteilen Sie das Engagement in der Ost-CDU heute?

Meine Grundeinstellung der Ost-CDU hat sich nicht

geändert. Allerdings glaube ich heute, dass es in den unteren Parteiebenen viele Menschen gab, die ehrlich „das Schlimmste“ verhindern wollten, die Nischen suchten, um das Leben der Bevölkerung erträglicher zu machen. Dabei riskierten manche Mitglieder ihre Existenz. Insoweit gab es eine deutliche Unterscheidung zwischen den Funktoren der Leitungsebenen und den „normalen“ Mitgliedern, die sich täglich mit den vorhandenen Unzulänglichkeiten abquälen mussten.

Welche Mitverantwortung hatte die Ost-CDU am SED-Regime? Wie soll heute damit umgegangen werden?

Am Entstehen des kommunistischen Regimes hatte die CDU keine Verantwortung – im Gegenteil – sie wurde deren Opfer. Aller-

dings gibt es eine spätere Verantwortung. Allein die Existenz dieser Partei samt seinem kollaborierenden Apparat legitimierte die SED-Diktatur zusätzlich. Insoweit gehörte diese Partei auch zum Kreis der Täter – allerdings nur als Befehlsempfänger. Da schon in der DDR-Verfassung festgelegt worden war, dass die Partei der Arbeiterklasse = SED das alleinige Sagen hat und dies auch mit allen diktatorischen Mitteln umgesetzt wurde, kann man den Mitläufern nur eine geringe Verantwortung zuordnen.

Mit diesen Gesamtzusammenhängen muss heute und in der Zukunft offen umgegangen werden.

Christian Tschesch ist Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen. Er war 13 Jahre lang Landespolizeipfarrer in Thüringen. Er hat die Polizeiseelsorge maßgeblich mit aufgebaut.

4. Entgegen der Mahnung standhafter Demokraten und trotz des mit großen Opfern verbundenen Widerstandes vieler verantwortungsbewußter Mitglieder hat die Cdu nach der Gründung der DDR den Weg in die wirtschaftliche, soziale und moralische Katastrophe nicht verhindert. Vor dem deutschen Volk bekennen wir die Schuld unserer Partei: Sie hat sich der Diktatur unterworfen und hat sie mitgetragen. Sie hat zu Unrecht und Machtmißbrauch in der Öffentlichkeit geschwiegen. Die Führung unserer Partei hat das wache freiheitliche und demokratische Gewissen vieler unserer Mitglieder nicht beachtet. Die CDU hat heute ihre Mitschuld an der Fehlentwicklung der DDR zu tragen und zu bewältigen.

Im Verlaufe der friedlichen Revolution im Herbst 1989 hat sich die CDU in der DDR von der Basis aus grundlegend gewandelt und hat durch Besinnung auf ihren Ursprung an dem demokratischen Aufbruch der Gesellschaft der DDR teilgenommen.

„Schuldeingeständnis“

Auszug der Präambel aus dem CDU-Programm, beschlossen auf dem Sonderparteitag der Ost-CDU im Dezember 1989. Der Parteitag brachte eine Abkehr vom Sozialismus und das Bekenntnis zu Sozialer Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie.

Herbsttagung des EAK Thüringen:

Religionsunterricht in der Bewährung: Erfolge - Widerstände - Perspektiven

Samstag, 7. November 2009, ab 09:00 Uhr
im Thüringer Landtag

mit (u.a.):

Prof. Dr. Jens Goebel MdL, Thüringer Kultusminister a. D.

Prof. Dr. Johanna Wanka MdL, Brandenburger Kulturministerin

Renate Holznagel MdL, Vizepräsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern

Jürgen Scharf MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion Sachsen-Anhalts

Thomas Colditz MdL, EAK Sachsen

Pfarrer Christian Meißner, Bundesgeschäftsführer des EAK



© geralt/pixelio.de

Wartburg-Kurier im Gespräch: Marion Walsmann

Warum waren Sie Mitglied in der Ost-CDU?

Ich stamme aus einer protestantischen Familie. Mein Großvater war Mitbegründer der CDU in Erfurt. So habe ich von klein auf mitbekommen, dass die Zusammenkünfte der CDU auch kritische Auseinandersetzungen waren. Vor allem viele Handwerker und Freiberufler haben sich in diesen Kreisen bewegt und die Mangelwirtschaft kritisch reflektiert. Leider war es eine Illusion zu glauben, dass diese politische Nische etwas freier von der SED und deren Armen war. Ich selbst bin durch eine Studienfreundin zur CDU gekommen – mich hat die offene Konversation mit ihr über Politik und gesellschaftliche Standpunkte beeindruckt.

Wie beurteilen Sie das Engagement in der Ost-CDU heute?

Die Ost-CDU hat versucht dort anzusetzen, wo es elementare Probleme der Mangelwirtschaft gab. Sie wollte in kleinen Alltagsdingen Erleichterung schaffen. Darüber hinaus hat sie sich für die Unterstützung der Kirchengemeinden und ihrer Mitglieder eingesetzt, um letztlich auch die kirchlichen Strukturen zu bewahren, die bekanntlich nicht zum Konzept der DDR passten. Für dieses Engagement wurden CDU-Mitglieder in der DDR nicht wirklich geschätzt. Im Gegenteil: Oft waren CDU-Mitglieder schlechter gestellt als Parteiloze. Ein Engagement in der CDU war letztlich für mich auch ein Schutzschild vor den Anwerbungen der SED.

Welche Mitverantwortung hatte die Ost-CDU am SED-Regime? Wie soll heute damit umgegangen werden?

Die CDU wurde von der SED als führender Partei der DDR zwangsweise gleichgeschaltet. Sie hatte keinerlei Mitgestaltungsrechte, hat aber das System gestützt, in dem sich Parteifunktionäre kooperativ zeigten. Allerdings hatte die CDU unterschiedliche Rollen – es gab große Unterschiede zwischen systemangepassten Funktionären und einfachen systemkritischen Mitgliedern. Viele Schicksale von CDU-Mitgliedern in der ehemaligen DDR waren gekennzeichnet durch Verfolgung und Zwangsaussiedlung. Wie wir heute wissen schreckte das SED-Regime auch vor Todesurteilen gegen kritische CDU-

Mitglieder nicht zurück. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Ost-CDU muss deshalb sehr differenziert geführt werden. Die CDU hat sich nach der Wende mit ihren Beschlüssen von Weimar (1991), Dresden (1991) und Stuttgart (2008) auf einen eindeutigen Weg gemacht und sich zu einer kritischen offenen Auseinandersetzung mit der eigenen Ostvergangenheit bekannt. Diese Reflektion ist wichtig, um die Mechanismen von Diktaturen zu verstehen und wachsam zu bleiben im Interesse der freiheitlichen Demokratie.

Marion Walsmann MdL ist Vorsitzende der CDU Erfurt und amtierende Justizministerin. Sie war vier Jahre lang für die CDU ehrenamtliche Abgeordnete der Volkskammer. 1989 war sie Vertreterin der CDU beim „Zentralen Runden Tisch“.